



BürgerInnenbrief

9. Mai 2011

DIE LINKE. Fraktion in der
Hamburgischen Bürgerschaft

Stadtwerkstatt +++ Arbeitsmarkt +++ Grünflächen +++ Rekommunalisierung +++ Veranstaltungs- & Kultur-Tipps

Neue Planungskultur oder Beruhigungsspielle?

von Heike Sudmann



Zentralisierte »Stadtwerkstatt« auf dem neuen Domplatz statt basisnaher BürgerInnenbeteiligung?

Anfang Mai hat die SPD-Bürgerschaftsfraktion einen Antrag in die Bürgerschaft eingebracht, der eine neue Planungskultur in der Stadtentwicklung fördern soll. Dafür soll eine »Hamburger Stadtwerkstatt« an einem zentralen Ort errichtet werden (wer den Antrag im Original nachlesen mag, findet ihn in der Bürgerschaftsdrucksache 20/278).

Das langjährige Werden der »Stadtwerkstatt«

Die Idee ist eigentlich eine Selbstverständlichkeit: die Transparenz und Diskussion von stadtentwicklungspolitischen Projekten in einem öffentlichen Gebäude. Mit dem Begriff »Hamburger Stadtwerkstatt« operiert die SPD seit dem Jahre 2005, als sie noch in der Opposition steckte.

Die im Zeitraum 2005 bis 2011 gestellten SPD-Anträge gleichen sich in den Begründungen größtenteils bis in die wörtlichen Formulierungen. Der Hauptunterschied besteht offensichtlich darin, dass die SPD 2005 noch ein Interesse daran hatte, den Domplatz mit dieser zentralen Einrichtung zu bebauen. Inzwischen wird dies nicht mehr direkt gefordert, wohl aber »ein Ort« angestrebt, »an dem Laien und Experten zusammenkommen und über die Zukunft ihrer Stadt kommunizieren können«. Im Hamburger Abendblatt vom 30.4.2011 war zu lesen, dass dieser Ort auch in der Handelskammer sein könnte. Da bräuchte sich dann wenigstens niemand mehr zu fragen, wer in dieser Stadt regiert: das Rathaus oder die Handelskammer.

Nachdem die Idee einer Stadtwerkstatt länger vor sich hingeschlummert hatte, brachten die stadtentwicklungspolitischen Veränderungen der Jahre 2009/2010 (Recht auf Stadt, Gängeviertel etc.) den Senat in zunehmende Legitimationsschwierigkeiten. Die CDU-GAL-Koalition beantragte daher im April 2010 die Prüfung eines »Forums Stadtentwicklung«, das ähnliche Ziele wie die Stadtwerkstatt verfolgen sollte.

Tatsächlich hat es im vergangenen Jahr eine spürbare Zunahme von Veranstaltungen zur Stadtentwicklung, Baupolitik und BürgerInnenbeteiligung gegeben, aber zu einem dauerhaften Forum, gar einem eigenen Gebäude hat dies bisher nicht geführt. Vor diesem Hintergrund greift die SPD nun – mit neuer, absoluter Mehrheit, aber einem de facto sechs Jahre alten Antrag – das Thema wieder auf.

Das SPD-Konzept

Eine »offene dialogische Planungskultur« zu schaffen, Menschen einzubeziehen, »damit Stadtentwicklung nicht über ihre Köpfe hinweg passiert«, ist ein vernünftiges Anliegen. Auch den Inhalten wie Schaffung einer Plattform und Ausstellungsfläche kann kaum etwas entgegengehalten werden. Fragwürdig ist allerdings, dass die SPD an einem zentralen Ort festhält, an dem Modelle vorgestellt und dokumentiert werden sollen. Denn aktive BürgerInnenbeteiligung findet weniger an zentraler Stelle wie im Rathaus oder auf dem zwischenzeitlich anvisierten Domplatz als vielmehr in den Bezirken und vor allem auf Quartiersebene statt. Natürlich können und müssen wichtige Bauvorhaben auch zentral diskutiert werden, aber da sie niemals im luftleeren Raum, vielmehr an einem konkreten Ort entstehen, sind vor allem auch die Menschen direkt vor Ort gefragt.

Stadtentwicklungsfragen sind in den letzten Jahren zu Brennpunkten der politischen Auseinandersetzung geworden. Beispielhaft stehen dafür:

- der Kampf gegen eine tote Bürowüste, der dann zur Wiederbelebung des alten Gängeviertels geführt hat,
- das Ringen der Wilhelmburger BürgerInnen gegen eine Verlegung der Reichsstraße und die Hafenuferspanne,
- das Einfordern von offenen Entscheidungsstrukturen und realen Mitwirkungsmöglichkeiten bei der Überplanung des Real-Markt-Geländes auf St. Pauli,

- etliche und teilweise von mehreren hundert Menschen besuchte Veranstaltungen, bei denen es um die weitere Zukunft der Neuen Mitte Altona geht,
- das Hin und Her um die Rote Flora vor dem Hintergrund der Frage, ob die Schanze Szeneviertel bleibt oder endgültig zum hippen Latte-Macchiato-Quartier verkommt.

Die Bewegung bzw. das Netzwerk »Recht auf Stadt« ist auch entstanden, um die Entwicklung der Stadt und der Quartiere nicht mehr dem Senat und den Bezirksämtern, StadtplanerInnen und ArchitektInnen und schon gar nicht den InvestorInnen und SpekulantInnen zu überlassen.

Entscheidende Fragestellungen werden ausgeblendet

Auf diese Entwicklungen reagiert die SPD mit der Wiederbelebung der Idee einer »Stadtwerkstatt«, weil sich die Konflikte zugespitzt haben. Natürlich ist es gut, Foren, Ausstellungen oder Begehungen durchzuführen, um interessierte Menschen verstärkt zu informieren. Aber Information ist nur der eine Teil dessen, was Not tut. Es geht real um ganz andere Fragen: Wem gehört die Stadt? Wer stellt die Weichen? Und wie kommen endlich die betroffenen Menschen nicht nur zu Wort, sondern wie können ihre Interessen und Bedürfnisse zum Ausgangspunkt von Planungen gemacht werden?

Über Stadtentwicklung muss diskutiert werden, und zwar in offenen Strukturen und Verfahren, es kann nicht um die Vermittlung bereits fertiger Konzepte gehen. Erinnert sei nur an Wilhelmsburg und St. Pauli, wo das Wort »Bürgerbeteiligung« groß im Munde geführt wurde, tatsächlich aber die Pläne mal einer grünen Senatorin, mal einer sozialdemokratischen Bezirksfraktion einfach nur durchgesetzt werden sollten.

Vor allem aber gehört Mit- und Selbstbestimmung dahin, wo sie real am besten praktiziert werden kann: An die Basis! Initiativen und engagierte BürgerInnen wahrscheinlich aller Quartiere können ein Lied davon singen, wie sie von InvestorInnen, KommunalpolitikerInnen und Verwaltungen hinters Licht geführt wurden. Da wird von »Bürgerbeteiligung« geredet, aber diese gleichzeitig ausgehebelt.

Wichtiger als ein Haus, in dem an zentraler Stelle eine Stadtwerkstatt untergebracht ist, sind reale Prozesse der Beteiligung und Entscheidungsfindung im Interesse der Menschen vor Ort. Mehr Information ist gut, mehr offene Beteiligung noch besser! Hier gilt es auch, neue Formen der Aktivierung der betroffenen Bevölkerung zu entwickeln.

Wir brauchen also keine neue Instanz, die den Menschen Sand in die Augen streut. Wir brauchen Sand im Getriebe der Verwertungslogik der Stadt. Wir brauchen Aufklärung über den Zusammenhang von Standortideologie, Investorenräumen und zunehmender Gentrifizierung und Segregation in der Stadt. Und darüber, dass das Auseinanderdriften von Arm und Reich – immer mehr sind arm und ärmer, während ein kleiner Teil seine Metropolenwünsche realisiert – eingestellt und zurückgedreht wird. In diesem Sinne könnte auch eine Stadtwerkstatt gut und hilfreich sein.

Arbeitsmarkt in Hamburg auf gutem Weg?

von Joachim Bischoff



Ein-Euro-Strandläufer säubern den Elbstrand zwischen Övelgönne & Teufelsbrück

Hamburg liegt sowohl beim Abbau der Arbeitslosigkeit als auch bei der Schaffung sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplätze unter dem Bundesdurchschnitt. So ist die Arbeitslosenquote im Bund von 8,1% im April 2010 auf nunmehr 7,3% im April 2011 gesunken, in Hamburg dagegen nur von 8,6% auf 8,2%. Auch beim Aufbau sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplätze hinkt Hamburg neuerdings hinterher. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten stieg im Februar 2011 um 2,1% (17.386) auf 831.000. Deutschland insgesamt weist dagegen einen Zuwachs von 2,6% auf.

Betrachtet man die Struktur der Arbeitslosigkeit, fällt auf, dass besonders die Langzeitarbeitslosen nicht an der konjunkturellen Entwicklung partizipieren. Angesichts dieser immer noch schwierigen Lage am Arbeitsmarkt müsste bei den politisch Verantwortlichen eigentlich aktive Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik auf der Tagesordnung stehen. Das Gegenteil ist der Fall.

Angesichts einer noch boomenden Wirtschaft streicht die schwarz-gelbe Bundesregierung alle Arbeitsmarktinstrumente rigoros zusammen und setzt darauf, dass die wirtschaftliche Dynamik ausreicht, um das Heer der Arbeitslosen und Arbeitssuchenden zu verkleinern. Auch die Arge in Hamburg erhält in diesem Jahr 50 Mio. Euro weniger für Arbeitsmarktmaßnahmen als noch im Jahr 2010. 2014 sollen der Arbeitsgemeinschaft dann nur noch 90 Mio. Euro überwiesen werden, was einer Halbierung der Mittel gegenüber 2010 entspricht.

In Hamburg ist aktive Arbeitsmarktpolitik schon lange kein Gestaltungsthema mehr. So wurden die dafür zur Ver-

fügung gestellten Regionalmittel in den letzten zehn Jahren von etwa 120 Mio. Euro auf jetzt nur mehr 30 Mio. Euro zusammengestrichen. Eine der Konsequenzen: Ohne Alternativen anzubieten, sollten die Arbeitsgelegenheiten sukzessive auf zunächst 7.250, später durchschnittlich 5.050 reduziert werden. Und auch der neue SPD-Senat setzt offensichtlich eher auf die »Marktkräfte«, denn auf politische Gestaltung. Er wollte 2.000 der aus Landesmitteln finanzierten Ein-Euro-Jobs streichen. Sozialsenator Detlef Scheele hat wegen wachsender Proteste vor allem der gemeinnützigen Träger inzwischen zugesichert, dass an der von der Vorgängerregierung beschlossenen Jahresdurchschnittszahl von 6.150 Arbeitsgelegenheiten festgehalten wird.

Zum einen wird team.arbeit.hamburg nun zügig derzeit nicht besetzte, aber bewilligte Stellen an Langzeitarbeitslose vergeben. Und zum anderen wird der künstliche »Deckel«, der die Zahl der Arbeitsgelegenheiten im zweiten Halbjahr 2011 auf durchschnittlich 5.050 und Ende des Jahres auf 4.550 senken sollte, abgenommen. Damit ist sichergestellt, dass falls im ersten Halbjahr weniger als 7.250 Stellen besetzt werden, die frei werdenden Kontingente in das zweite Halbjahr übertragen werden können.

»Die Planungen, wie der Senat im Jahr 2012 mit den durch die Bundesregierung nochmals abgesenkten Mitteln für Maßnahmen wie Arbeitsgelegenheiten umgeht, werden mit dem Arbeitsmarktprogramm erfolgen. Das Arbeitsmarktprogramm werden wir zum Beispiel mit den Bezirken, mit den Gewerkschaften, Verbänden und den Vertretern der Fraktionen besprechen«, so Sozialsenator Detlef Scheele.

Allerdings hat Senator Scheele bislang keine Ideen für eine Neuausrichtung der aktiven Beschäftigungspolitik in Hamburg vorgelegt. Man fragt sich schon, welche Vorstellungen er eigentlich von aktiver Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik im Allgemeinen und hinsichtlich der Ein-Euro-Jobs im Besonderen hat. Als Ziel sollte eigentlich die berufliche Eingliederung der Betroffenen stehen. Die Betroffenen und die Träger werden bislang vom Senator für Arbeit, Soziales, Familie und Integration letztlich nur als Schachfiguren auf dem politischen Feld behandelt. Die ihnen mit Sanktionsdrohungen als Strohalm angebotenen Ein-Euro-Jobs mit verschwindend kleiner Vermittlungschance können kaum mehr als eine Sackgasse mit bescheidener »Mehraufwandsentschädigung« sein. Sinnvolle Beschäftigungspolitik lässt sich mit einem Auf und Ab von Ein-Euro-Jobs nach Kassenlage jedenfalls nicht machen.

Selbst das Vorstandsmitglied der Bundesagentur, Heinrich Alt, räumt ein, dass in der gegenwärtigen Situation von einer konzeptionell ausgewiesenen Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik nicht die Rede sein kann. Auf die Frage nach den Folgen der angedrohten massiven Kürzungen antwortet der Manager: »Ich hoffe nicht, dass die Mittel für Arbeitsmarktpolitik radikal zusammengestrichen werden. In der jetzigen Arbeitsmarktsituation wäre das fatal. Wir sollten versuchen, möglichst jeden Jugendlichen zu einem Berufsabschluss zu führen. Und wir müssen die Menschen fortbilden, damit wir in den nächsten Jahren genügend Fachkräfte haben. Das alles kostet Geld. Außerdem gilt: Wenn man die aktive Arbeitsmarktpolitik massiv kürzt, steigt in der Folge die Arbeitslosigkeit.« Von dieser Argumentation wird sich freilich die schwarz-gelbe Bundesregierung so wenig beeindrucken lassen wie von der massiven Kritik an den Regelsätzen oder dem bürokratischen Monster »Bildungspäckchen«. Vorstands-Vize Alt zu den Regelsätzen: »Nur Lebenskünstler können auf Dauer von 364 Euro im Monat leben. Als Überbrückung ist das vertretbar, aber auf lange Sicht ist Transfer-

bezug menschenunwürdig. Deswegen sollten wir daraus auch keinen Dauerzustand werden lassen.«

Die Auseinandersetzungen im Hartz IV-Regime beziehen sich nicht nur auf die Ausgestaltung der Regelsätze, die Berücksichtigung des Bedarfes der Kinder (Bildungspaket), die Arbeitsgelegenheiten (Ein-Euro-Jobs), sondern auch auf die Sanktionen. Die Politik des »Forderns und Förderns« bringt wachsende Höchststände von Sanktionen und Rekorde bei den juristischen Einsprüchen. 2010 wurden bundesweit knapp 830.000 Sanktionen mit einem Durchschnittswert von 123 Euro verhängt.

In Hamburg gibt es im Jahr 2010 auch einen Höchststand an rechtswidrigen Sanktionsbescheiden des Jobcenters team.arbeit.hamburg. Immerhin bedeutet eine angedrohte Leistungskürzung von 114 Euro bei einem Regelsatz von 364 Euro eine einschneidende Einschränkung in der Lebensführung. In 559 Fällen ist bereits im Widerspruchsverfahren die Rechtswidrigkeit der Sanktion bereinigt worden, die Zahl der im Klageverfahren aufgehobenen Sanktionsbescheide ist dem Senat nicht bekannt, da hierzu erst die Prozessakten von 4.760 Eingängen im Bereich von Hartz IV überprüft werden müssten. Wie der Senat ausführt, hat zwischen 2007 und 2010 der Anteil der Sanktionen aufgrund von Meldeversäumnissen stark zugenommen. Ein weiterer Anstieg ist bei den Sanktionen aufgrund von Verletzungen der Pflichten aus der Eingliederungsvereinbarung zu verzeichnen.

Gesunken ist in Hamburg wie im Bundesgebiet die Anzahl der Sanktionen wegen Weigerung, eine zumutbare Arbeit, Ausbildung, Arbeitsgelegenheit etc. aufzunehmen. Hauptpunkt der mit Sanktionen durchgesetzten Forderung an die Erwerbslosen: Meldeversäumnisse.

Das Problem bei den Sanktionen wegen Meldeversäumnissen ist, dass sanktioniert wird, ohne genau nachzuprüfen, ob überhaupt ordnungsgemäß eingeladen wurde und ob nicht ein »wichtiger Grund« für das Säumnis vorlag. Von den wenigen Sanktionierten, die sich mit Widersprüchen gegen Sankti-

VSA: Dumpinglohn hat ein Gesicht

Günter Wallraff/Frank Bsirske/Franz-Josef Möllenberg (Hrsg.)

Leben ohne Mindestlohn | Arm wegen Arbeit

Niedriglöhner, Leiharbeiter und »Aufstocker« erzählen

176 Seiten | viele Fotos, durchgehend farbig | EUR 12.80 | ISBN 978-3-89965-447-9

In diesem Buch kommen Menschen zu Wort, denen öffentlich kaum Gehör geschenkt wird: so genannte Niedriglöhner. Sie berichten eindringlich von kargen Löhnen, schlechten Arbeitsbedingungen und fehlenden Perspektiven für ein lebenswerteres Leben – und von ihrem Wunsch nach Veränderung. Ulrich Jonas u.a. haben ihre Berichte journalistisch aufbereitet, Analysen von Experten runden das Buch ab und zeigen, warum in Deutschland immer mehr Menschen mit Armutslöhnen abgespeist werden, wie Lohndumping erfolgreich bekämpft werden kann und warum ein allgemeiner gesetzlicher Mindestlohn wichtiger ist denn je.

»Auch deshalb muss dieses Buch erscheinen. Denn es skandalisiert nicht nur die Niedertracht – es feiert auch die Solidarität, die Hoffnung, die wir trotz allem nicht verloren haben.« (Günter Wallraff)

Im Buchhandel oder bei VSA: St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg | www.vsa-verlag.de



onsbescheide wehren, sind im letzten Jahr 559 von insgesamt 4.263 Betroffenen bereits im Widerspruchsverfahren erfolgreich gewesen. Die Erfolgszahlen beim Sozialgericht sind zwar unbekannt, dürften aber auch entsprechend hoch liegen.

Es ist rechtsstaatlich äußerst bedenklich, wenn sich herausstellt, dass in so vielen Fällen das lebensnotwendige Existenzminimum durch Kürzung von durchschnittlich über 117 Euro einfach rechtswidrig beschnitten worden wäre, wenn sich die Betroffenen nicht gewehrt hätten.

Das Jobcenter team.arbeit.hamburg muss im Bereich der Existenzsicherung zu einer deutlich verbesserten Verwaltungspraxis kommen. Seit Jahren beschwerten sich die Sozialgerichte über eine unzureichende Umsetzung der Vorschriften. Auch die regionalen Jobcenter könnten zu einer bürgerInnenfreundlicheren Praxis eines insgesamt schlechten und repressiven Unterstützungssystems beitragen.

Bei der Existenzsicherung müsste vor Verhängung einer Kürzung der Leistung eingehend geprüft werden, ob diese überhaupt rechtmäßig ist. Es bestätigt sich immer mehr, dass

das Sanktionsregime mehr dem Aufbau einer permanenten Bedrohungskulisse dient und es vor allem darum geht, Sanktionsquoten als »Benchmarking« zu erfüllen, egal ob rechtmäßig oder nicht.

DIE LINKE will das repressive, bürgerInnenfeindliche Hartz IV-Regime insgesamt abschaffen. Teilreformen können nur kleinere Korrekturen an dem System von »Fordern und Fördern« bewirken. Wir wollen übergangsweise eine deutliche Anhebung der Regelsätze und zwar ohne das absurde Sanktionsregime; statt des Bildungspäckchens wollen wir eine unbürokratische Regelung zur Sicherung der Bildungs- und Kulturansprüche der Kinder- und Jugendlichen. Die Arbeitsgelegenheiten können abgeschafft werden und durch eine Ausweitung sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse, auch im Rahmen öffentlich geförderter Beschäftigung, ersetzt werden. Schließlich sollte die berufliche Förderung und Weiterbildung auf die individuellen Voraussetzungen abgestellt werden.

Veranstaltung: Chaos bei den Ein-Euro-Jobs



Erst war von der zuständigen Sozialbehörde verkündet worden, dass die Zahl der umstrittenen Ein-Euro-Jobs in Hamburg in den kommenden Monaten auf 4.550 und damit unter das vom Bund vorgesehene Maß herabgedrückt werden sollte. Ende April ruderte Sozialsenator Scheele zurück und gab bekannt, dass auf die Streichung von 2.000 Ein-Euro-Jobs zunächst verzichtet werden würde. Es stellte sich inzwischen heraus, dass beträchtlich weniger Ein-Euro-Jobs überhaupt besetzt sind, als von Herrn Scheele angenommen. Und so wird daran gedacht, weitere Ein-Euro-Jobs zu schaffen, um auf die anvisierte Zahl von 6.150 Plätzen im Jahresdurchschnitt zu kommen...

Dabei bedeuten diese 6.150 Ein-Euro-Jobs schon einen Rückgang gegenüber dem Vorjahr von ca. 3.350 Stellen, gab es doch am 1. Januar 2011 noch genau 9.556 davon in Hamburg. Hintergrund sind die im vorherigen Beitrag erwähnten drastischen Kürzungen der Eingliederungsmittel des Bundes für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen des Jobcenters team.arbeit.hamburg. Auch die ergänzenden

Landesmittel zur Arbeitsmarktpolitik betragen nur noch 17,45 Mio. Euro (ohne Verwaltungskostenanteil). Diese Zahlen, die der Senat in seiner Antwort auf eine Kleine Anfrage von Joachim Bischoff vorlegte, und das offenkundige Chaos bei den Ein-Euro-Jobs sind Thema einer **Veranstaltung**, die am **10. Mai um 19:00 Uhr** im **Bürgerhaus Wilhelmsburg** (Mengestraße 20) stattfinden wird. **Joachim Bischoff**, in der neuen Fraktion arbeitsmarktpolitischer Sprecher der LINKEN, berichtet über die Entwicklungen im Bereich der Ein-Euro-Jobs und stellt die arbeitsmarktpolitischen Vorstellungen und Forderungen der LINKEN zur Diskussion. Über die Situation in Wilhelmsburg wird **Ronald Wilken** sprechen, der in der vergangenen Legislaturperiode Mitglied der Linksfraktion in der Bezirksversammlung Hamburg-Mitte war und den Skandal des Einsatzes von Dutzenden Ein-Euro-JobberInnen in der städtischen Grünpflege bekannt machte. Zu Wort kommen werden auch **betroffene Ein-Euro-JobberInnen** sowie die MitarbeiterInnen der vor Ort tätigen Beschäftigungsträger.

Grün muss in der Stadt bleiben



Ausbau des Lohmühlenparks bis zum Berliner Tor: auf unabsehbare Zeit verschoben

»Der Unterhaltungs- und Pflegezustand vieler Anlagen wird sich deutlich verschlechtern.« Dieser Kernsatz einer in ihrer Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig lassenden Mitteilung aus dem Bezirksamt Hamburg-Mitte vom 18. April und die darin verkündeten Inhalte haben die Öffentlichkeit noch gar nicht erreicht. Sie bergen jedoch erheblichen politischen Sprengstoff, schließlich stehen Grünflächen, Parks und Kinderspielplätze auf dem Spiel. Ein erheblicher Teil von ihnen könnte in Zukunft der Streichungspolitik zum Opfer fallen, die zwar noch aus der schwarz-grünen Periode herrührt, deren Fortführung seitens des SPD-Senats vermutlich nur verhindert werden kann, wenn die Proteste deutlich stärker werden.

Worum geht es? Die Drucksache 20/66/11 hat die »Finanzsituation im Grün-Bereich (Stand April 2011)« zum Gegenstand. In klaren Worten wird ausgeführt, dass sich die finanzielle Lage des zuständigen Fachamtes Management des öffentlichen Raumes für den Grün-Bereich »deutlich verschlechtern« wird, vor allem im investiven Bereich. »Die damit verbundenen Auswirkungen«, so heißt es in dem Dokument weiter, »sind allerdings um so gravierender einzuschätzen, da die Bereitstellung von konsumtiven Mitteln für die Unterhaltung, Instandsetzung und Pflege der Grünanlagen, wie hinlänglich bekannt sein dürfte, bereits seit Jahren völlig unzulänglich ist. Mit den zukünftig noch verfügbaren finanziellen Mitteln bestehen kaum Möglichkeiten zur Um-/Neugestaltung (Aufwertung) sowie nachhaltigen Pflege/Instandsetzung von Grünanlagen und Spielplätzen.«

Diese nichts Gutes ahnen lassende Botschaft wird mit folgenden düren Zahlen belegt: Standen nach Angaben der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (BSU) in den vergangenen drei Jahren »in Verbindung mit verschiedenen Sonderprogrammen im Mittel« für ganz Hamburg noch sechs Millionen Euro zur Verfügung, ist der BSU-Haushaltstitel 6610.741.01 (Planung, Instandsetzung, Neuanlage und Umgestaltung von Grünanlagen und Spielplätzen) für 2011 auf »maximal« 2,9 Mio. Euro begrenzt worden. Nach den bisherigen Planungen würde dies bedeuten, dass jeder Bezirk im Jahr 2011 noch 400.000 Euro aus diesem Titel erhält, für 2012 sollen es voraussichtlich 650.000 Euro sein, während es allein in Bezirk Mitte 2010 noch 1,5 Millionen Euro waren.

Doch diese Halbierung des Haushaltstitels ist noch längst nicht alles, was auf die Bezirke und ihre BürgerInnen zukommt. So wurden die Kosten für die Kampfmittelsondierung bzw. -räumung aus dem Zweiten Weltkrieg bisher aus einem eigenen Etattitel bestritten, der nun wegfällt. Dabei handelt es sich keineswegs um kleine Beträge, wie aus dem Papier des Bezirksamtes hervorgeht: »Nach unseren bisherigen Erfahrungen sind Kampfmittelsondierungen mittlerweile fast bei jeder Maßnahme erforderlich (in einer Größenordnung je Maßnahme von 10.000-100.000 Euro).

Darüber hinaus hat die Halbierung des Etats für Grünanlagen und Spielplätze zur Folge, dass auch aus dem Rahmenprogramm Integrierte Stadtteilentwicklung (RISE) weniger Geld fließt, weil Mittel »zukünftig nur noch für solche Projekte bereitgestellt werden, die von anderer Seite (bei öffentlichen

Grünanlagen also in der Regel von den Fachämtern Management des öffentlichen Raumes) kofinanziert werden. Angestrebt ist ein Kofinanzierungsanteil von 50%.« Schließlich werden für das Jahr 2011 die bezirklichen Sondermittel, aus denen im vergangenen Jahr noch Mittel »in großem Umfang in den Grün-Bereich geflossen sind (über 500.000 Euro)«, entweder »deutlich reduziert werden oder auch ganz entfallen«. Die Folgen dieser Einschnitte sind drastisch, wie das Beispiel des Bezirks Hamburg-Mitte exemplarisch deutlich macht:

»Angemeldete, aber noch nicht begonnene bzw. im Bau befindliche Projekte aus den Jahren 2009/10 und 2011 (z.T. auch noch davor liegend) müssen auf unabsehbare Zeit verschoben werden). Folgende Projekte mit einem derzeitigen Finanzvolumen von insgesamt ca. 2.000.000 Euro sind betroffen:

Projekte mit sehr hoher Priorität und bereits seit 2010 laufender Planung

- Kinderspielplatz (KSP) Öjendorfer Park/Haßlohredder
- KSP Steinfeldstraße
- KSP Marienthaler Straße
- Marktachse Rothenburgsort, Grünfläche/Spielplatz
- Grünanlage Rotenhäuser Feld

Noch nicht begonnene Projekte mit hoher Priorität

- Spielplätze Wilhelmsburg (Illenbullen und Keindorfstraße)
- KSP Am Papenbrack

- KSP Harvighorster Redder

Wichtige Projekte, die ebenfalls in den Vorjahren angemeldet waren, in ihrer Gesamtfinanzierung aber noch nicht abgesichert sind

- Kaimauer Elbpark Entenwerder
- Lohmühlengrünzug

Sonstige Projekte

- Grünanlage »Wilhelmsburg B-Plan 18«
- Wegean- und -verbindungen Öjendorfer Park

Die Kofinanzierung durch die Fachämter Management des öffentlichen Raumes für Grünmaßnahmen im Rahmen der integrierten Stadtteilentwicklung kann zukünftig nicht mehr geleistet werden oder ist zumindest erheblich in Frage gestellt. Bereits zugesagt Fördermittel werden möglicherweise zurückgezogen. Aktuell betroffene Projekte sind:

- KSP Öjendorfer Park/Haßlohredder
- KSP Steinfeldstraße
- Grünanlage Rotenhäuser

Durch den sehr geringen Mittelansatz können zukünftig pro Jahr, ausgehend von dem heutigen Standard, maximal eine mittlere oder zwei kleinere Anlagen neu hergerichtet werden. Größere Projekte können zukünftig im Prinzip nur über Jahre hinweg umgesetzt werden, würden dann aber auch kleinere Maßnahmen langfristig blockieren und wären letztlich wohl nur noch in Form von Einzelanmeldungen vertreten.

Veranstaltungs-Tipps und Hinweise

Sowohl Abgeordnete als auch ihre MitarbeiterInnen sowie die der Fraktionen erhalten Veranstaltungseinladungen ohne Ende, deren Informationsgehalt nicht immer überzeugt. Häufig sind es jedoch interessante Termine, die auch für Nicht-ParlamentarierInnen zugänglich und deren Ergebnisse nachlesenswert sind. Wir wollen zukünftig auf einige bevorstehende Termine im BürgerInnenbrief hinweisen (und damit zu einer Teilnahme ausdrücklich ermutigen) sowie über die Veröffentlichung von Ergebnissen informieren.

Auf einer Veranstaltung der **Patriotischen Gesellschaft** (Trostrücke 6) am **Montag, den 16. Mai um 18:30 Uhr** geht es um die noch von Schwarz-Grün geplante **Verlagerung der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (BSU) nach Wilhelmsburg**, die die Stadt eine dreistellige Millionensumme kosten dürfte und deshalb gerade auf den haushaltspolitischen Prüfstand gestellt wird. Die »Patrioten« werfen die Frage auf: »Brauchen städtebauliche Großprojekte öffentliche Initialinvestitionen?« Auf dem Podium sitzen Senatorin Jutta Blankau, HafenCity-Chef Jürgen Bruns-Berentelg, IBA-Geschäftsführer Uli Hellweg, der Hochtief FormArt-Vertreter Michael E. Schmidt sowie der Stadtplaner Prof. Kunibert Wachten und Astrid Christen als Mitglied des Vereins Zukunft Elbinsel Wilhelmsburg.

Wichtige **Dokumente** der »2. Konferenz zur sozialen Spaltung« vom 16. Februar in der Hochschule für Angewandte Wissenschaften sind mittlerweile online zugänglich. Das zentrale Thema war **»Wohnen in Hamburg. Marktentwicklung und soziale Folgen«** und widmete sich vorrangig der Armutsentwicklung im Wohnungs- und Unterbringungsbereich. Die Evangelische Akademie der Nordelbischen Kirche präsentiert u.a. die beiden anschaulichen Hauptreferate »Das Versagen des Wohnungsmarkts und die Notwendigkeit einer sozialen Wohnungspolitik« von Jan Kuhnert (KUB Kommunal- und Unternehmensberatung GmbH Hannover) und »Die räumliche Polarisierung von Armut in der Stadt« von Prof. Dr. Andreas Farwick (Universität Bremen, Institut für Geographie) auf ihrer Website (http://www.akademie-nek.de/h/event.php?id_rec=355).

Am 7. Mai ist die Jahreskampagne des Allgemeinen Deutschen Fahrradclubs (ADFC) gestartet, die unter dem Titel »Ab auf die Straße« der Propagierung des **sicheren Radfahrens auf der Fahrbahn** dient. Nach einem ersten Test in Eimsbüttel soll es zwei weitere Termine »Betreutes Fahrbahnradeln« geben. Erfahrene ADFC-Aktive erproben mit NewcomerInnen gemeinsam das sichere Radeln auf der Straße: am **11. Mai von 17:00 bis 19:00 Uhr in der Dorotheenstraße** in Winterhude und am **14. Mai zwischen 10:00 und 13:00 Uhr vor der Heimfelder Straße 42a**. Zu dieser Kampagne gibt es weitere Infos unter www.hamburg.adfc.de/abaufdiestrasse. Der Höhepunkt nicht nur des ADFC-Jahres wird eine **große Fahrrad-Sternfahrt am 19. Juni** sein.

bar (die aber nach bisherigen Erfahrungen nur selten genehmigt wurden).

Die Aussagen zu den zuvor genannten Punkten werden weiter eingeschränkt durch die kaum vorab kalkulierbaren Kosten für die Kampfmittelondierung.

Durch den möglichen Wegfall der bezirklichen Sondermittel sind viele Kleinmaßnahmen im Grünbereich nicht mehr umsetzbar. Der Unterhaltungs- und Pflegezustand vieler Anlagen wird sich deutlich verschlechtern.

Die Unterstützung freiraumbezogener, stadtübergreifender Projekte/Programme (Begleitprojekte igs 2013, IBA-Projekte, Umwelthauptstadt 2011, familienfreundliche Stadt, Qualitätsoffensive Freiraum, Freiräume für Jung und Alt usw.) ist mit den verfügbaren Mitteln grundsätzlich nicht leistbar.«

Im Klartext heißt dies: In den nächsten Jahren wird es keine neuen Grünanlagen geben, bei vielen bestehenden wird auf die überfällige Sanierung verzichtet, der Gesamtzustand wird sich erkennbar verschlechtern. Was an dieser Stelle für Hamburg-Mitte angegeben wird, droht allen anderen sechs Bezirken in gleicher Weise.

Wir erleben damit eine Entwicklung wie in vielen anderen Bereichen: Das Gesamtvermögen der Freien und Hansestadt Hamburg verringert sich auffällig, weil der Senat – offenbar egal, ob er von der CDU, der GAL oder der SPD getragen wird

– immer weniger in die Bestandssicherung öffentlicher Güter steckt. Ein politisches Desaster, das auch der Rechnungshof stärker denn je kritisiert. Die Straßen sind voller Schlaglöcher, Schulen und Turnhallen modern vor sich hin, die Fahrradwege sind teilweise in einem erbärmlichen Zustand, jetzt kommen also auch die Grünanlagen und Spielplätze hinzu. Die Politik lässt die öffentlichen Besitztümer verrotten, weil ihr die Leuchtturmprojekte wichtiger sind und auf notwendige Steuereinnahmen aus den Taschen der Reichen verzichtet wird.

DIE LINKE wird sich in der anstehenden Haushaltsdebatte auch dafür einsetzen, den Bestand der Grünanlagen zu erhalten und sie gegen die Vernachlässigung zu verteidigen. Dafür werden wir Anfragen stellen, dafür werden wir auch Anträge in der Bürgerschaft einbringen. Damit dies nicht ungehört bleibt, ist aber auch der Protest der Menschen in den Bezirken und Quartieren erforderlich. Das heißt auch, dass nicht nur die Bürgerschafts- und Bezirksfraktionen, sondern die gesamte Partei sich des Problems annimmt. Gemeinsam mit den Verbänden und Vereinen, Initiativen und Bewegungen sollten wir den drohenden Abbau und die Verlotterung von Grünanlagen und Spielplätzen skandalisieren und den Widerstand organisieren. Wir kämpfen um jeden Spielplatz und jeden Park, die einst für viel Geld auf den Weg gebracht wurden und die die Menschen in dieser Stadt mehr denn je benötigen.

Behördendeutsch



Empörten wir uns einst und bspöttelten den unsensiblen und politisch nicht korrekten Ausspruch eines Bundespräsidenten Heinrich Lübke (»Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Neger!«) und erfreuten uns am sprachgewaltigen SPD-Urgestein Herbert Wehner, der den CDU-Politiker Jürgen Wohlrabe als »Übelkrähe« titulierte, müssen wir heute mit deutlich weniger Rhetorik und Rednerwitz vorliebnehmen. Immerhin, es gibt sie schon noch, die Sprach- und Stilblüten, die den parlamentarischen Alltag mitunter ein wenig aufhellen. Zum Beispiel diese Kopfzeilen eines Dokuments, das uns kürzlich von einem Bezirk zugespielt wurde:

Berichterstattung: Vorblatt zur...
 Senator Frank Horch Senatsdrucksache
 Staatsrat Dr. Bernd Egert Nr. 2011/ ...
 Staatsrat Andreas Rieckhof vom ...

- E N T W U R F -

Betr.: Erlass einer Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Anordnung von Verfahren nach § 3 Absatz 2 des Hamburgischen Gesetzes über die Durchführung der Aufgaben des Einheitlichen Ansprechpartners zur Umsetzung der Europäischen Dienstleistungsrichtlinie.

Nichts ist härter als der Erlass einer Verordnung zur Anordnung über die Durchführung zur Umsetzung!

Beide Volksbegehren unterstützen!



Gewerkschafter sammeln Unterschriften gegen die Verhökering des städtischen Tafelsilbers

Es hat in dieser Stadt bereits einmal eine erfolgreiche Volksinitiative gegen Privatisierungen gegeben: den Volksentscheid gegen den Verkauf des Landesbetriebes Krankenhäuser (LBK). Damals stimmte eine Dreiviertelmehrheit gegen die Privatisierung, doch der Senat nutzte eine Gesetzeslücke, ignorierte das eindeutige Votum und überließ der »Asklepios«-Gruppe das hamburgische Hospitalgeschäft. Inzwischen wurde die Volksgesetzgebung so geändert, dass Volksentscheide verbindlich sind. Dies hat gleich zwei Initiativen ermuntert, sich dem Ausverkauf des öffentlichen Eigentums der Freien und Hansestadt entgegenzustellen.

Das vor allem von ver.di auf den Weg gebrachte Volksbegehren »Keine Privatisierung gegen den Bürgerwillen!« zielt darauf ab, den Verkauf einer öffentlichen Einrichtung, also weiterer Teile des Hamburger »Tafelsilbers«, von der Zustimmung der Bevölkerung abhängig zu machen. Vom 3. bis 23. Mai sind mindestens 62.000 Unterschriften nötig, um im kommenden Jahr einen Volksentscheid abzuhalten. Die BürgerInnen sind aufgefordert, einer Veränderung des Artikels 72 der Hamburger Verfassung zuzustimmen. Hinzugefügt werden soll ein Absatz 4: »Eine Veräußerung von öffentlichen Unternehmen und Konzernen der Freien und Hansestadt Hamburg, die dem Gemeinwohl dadurch dienen, dass sie Verkehrsleistungen oder Versorgungs- und Entsorgungsleistungen für die Allgemeinheit erbringen oder wesentliche Beiträge zur wirtschaftlichen, verkehrlichen, sozialen oder kulturellen Infrastruktur leisten, setzt einen zustimmenden Volksentscheid voraus. Dasselbe gilt für öffentliche Unternehmen und Kon-

zerne nach Satz 1 bei der Veräußerung von Anteilen, sofern diese mehr als unwesentlichen Einfluss auf die Erbringung der Leistung des Unternehmens ausüben können. Der Senat führt den Volksentscheid innerhalb von vier Monaten nach dem Verkaufsbeschluss durch.«

Unterschriftenlisten liegen im Gewerkschaftshaus aus, an etlichen Infoständen und auch bei der LINKEN wird für Unterschriften geworben. Aktive Unterstützer sind gern gesehen und erforderlich – 62.000 Unterschriften sind eine große Herausforderung! Nähere Informationen und Eintragungslisten gibt es unter www.volksbegehren-hamburg.de.

Wenige Tage nach Beendigung dieses Volksbegehrens geht bereits ein weiteres an den Start: »Unser Hamburg – Unser Netz«. Vom 2. bis 22. Juni werden Unterschriften gesammelt, um bereits vollzogene Privatisierungen rückgängig zu machen und die Energienetze sowie die Fernwärmeversorgung wieder komplett in die öffentliche Hand zurückzuholen. Wir dokumentieren Auszüge aus einer Stellungnahme der Landesarbeitsgemeinschaft Umwelt, Energie und Verkehr der Hamburger LINKEN, die für dieses Volksbegehren mobilisiert:

»In den letzten 20 Jahren wurde in Hamburg in großem Umfang öffentliches Eigentum privatisiert. Der Verkauf des Landesbetriebs Krankenhäuser, von »Pflegen und Wohnen«, eines Teils der HHLA und zahlloser städtischer Immobilien ist den Hamburgerinnen und Hamburgern noch in schlechter Erinnerung.

Die Privatisierung von HEW und HGW durch SPD, GAL und CDU hatte fatale Folgen: Zum einen wird jedes Jahr 15.000

Haushalten der Strom abgestellt, weil sie die drastisch gestiegenen Preise nicht bezahlen können.

Zum anderen wird Hamburg ganz überwiegend durch Strom aus Atom- und Kohlekraftwerken versorgt. Die Wärmeversorgung basiert hauptsächlich auf Kohle.

Kohlekraftwerke emittieren große Mengen CO² und beschleunigen damit die globale Erwärmung. Ein wirksamer Klimaschutz (Ziel: bis 2020 in Hamburg 40% CO² weniger als 1990) ist nur ohne das Kohlekraftwerk Moorburg möglich. Bis dahin muss es eine Wärmeversorgung geben, die nicht mehr auf Kohle basiert. Deshalb darf auch die Vattenfall-Fernwärmetrasse nicht gebaut werden.

Die Atomkatastrophe in Japan macht mit schrecklicher Klarheit deutlich: Der Betrieb von Atomkraftwerken durch Vattenfall und E.on ist nicht nur gefährlich, er ist ein Verbrechen. Atomkraftwerke gefährden auch hierzulande Leben und Gesundheit vieler Millionen Menschen. Auch im Normalbetrieb verursachen sie schwere Erkrankungen (Kinderkrebsstudie). Hunderte Atomtransporte durch Hamburg gefährden die Bevölkerung. Die Laufzeitverlängerung verhindert einen zügigen Umstieg auf eine regenerative Energieversorgung.

Für satte Profite geht das große Kapital über Leichen. Es wird Zeit, den Energiekonzernen diese Möglichkeit zu nehmen.

Eine Stromversorgung ohne Atom- und Kohlekraftwerke und eine Fernwärmeversorgung ohne Kohle werden nur möglich, wenn den großen Energiekonzernen, in Hamburg Vattenfall und E.on, die Energieversorgung aus der Hand genommen wird. Die Versorgung mit Strom, Gas und Fernwärme darf nicht der Profitmaximierung dienen, sondern einer sozial gerechten, klimaverträglichen und demokratisch kontrollierten Versorgung der Bevölkerung.

Das sind die Ziele des Netze-Bündnisses und es sind auch die Ziele der LINKEN. Die Rekommunalisierung der Energieversorgungsnetze (Strom, Gas, Fernwärme) und der Fernwärmeversorgung sind der erste Schritt in diese Richtung.

Es gab in den letzten Jahren zahlreiche Abwehrkämpfe gegen die neoliberalen Privatisierungsorgien. Mit dem Volksbegehren und einem wahrscheinlich folgenden Volksentscheid kann es gelingen, in die Offensive zu kommen, zwei der großen Energiekonzerne zu schwächen und zugleich wirksame Formen demokratischer Kontrolle durchzusetzen.

»Die da oben machen ja doch, was sie wollen«. Diese Erfahrung prägt noch immer das politische Handeln der meisten Menschen in diesem Land. Ein erfolgreiches Volksbegehren bedeutet: Wir können etwas verändern, selbst dann, wenn mächtige Konzerne und ihre Parteien gegen uns sind. Eine andere Welt - ohne Ausbeutung und Umweltzerstörung - ist möglich; sie kann und muss Schritt für Schritt gegen die Herrschenden und Regierenden durchgesetzt werden. Das Ringen um eine Energieversorgung aus regenerativen Quellen, die den sozialen und ökologischen Interessen der Menschen gerecht wird, kann der erste Schritt werden.

DIE LINKE unterscheidet sich grundlegend von den anderen Rathausparteien. Sie setzt sich nicht für die Interessen der großen Konzerne ein, sondern für die sozialen und Umweltinteressen, die von Vattenfall, E.on & Co. mit Füßen getreten werden. Sie hat als einzige Partei in der Bürgerschaft von Anfang an vorbehaltlos die Volksinitiative unterstützt. Soziale und ökologische Interessen der Menschen müssen immer gegen die Profitinteressen des großen Kapitals durchgesetzt werden.

Deshalb unterstützt DIE LINKE den Volksentscheid und ruft alle Hamburgerinnen und Hamburger auf, dafür zu unterschreiben, dass die Energieversorgungsnetze und die Fernwärmeversorgung in die Öffentliche Hand und unter direkte demokratische Kontrolle der BürgerInnen kommen.

- Sammelt auch selbst Unterschriften!
- Spendet Geld für die Ini!
- Stellt im Juni Schlafplätze für auswärtige SammlerInnen zur Verfügung!
- Informiert euch unter www.unser-netz-hamburg.de!

joachimbischoff.de

Aktuelle Positionsbestimmungen, Stellungnahmen, Kommentare, Pressemitteilungen, Hinweise auf Veranstaltungen und andere Termine auf meiner Internetseite

<http://joachimbischoff.de>

Auch alle bisher erschienenen BürgerInnenbriefe können als pdf-Dateien heruntergeladen werden.

Wer aktuell informiert sein möchte, sollte lieber einmal mehr vorbeischaun!

The screenshot shows the website 'joachimbischoff.de' with a header for 'Dr. Joachim Bischoff' and 'DIE LINKE. Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft'. The main content area features a news article titled 'Kommentare zu politischen Ereignissen in Hamburg' with a sub-headline 'Die „Gaglab“ in öffentliche Hand!'. The article text discusses the 'Gaglab' (Gaglab) and mentions a meeting on 21. April 2011. The sidebar on the right lists 'Alle Beiträge' and 'Die Themen' with various categories like 'Klimawandel', 'Bürgerhaushalt', 'Strom', 'Fernwärme', 'Umwelt', 'Sozial', 'Wohnung', 'Arbeit', 'Menschen', 'Recht', 'Wissen'. Below the sidebar, there is a section 'Die LINKE in Hamburg' with a list of members and a 'Linke Projekte' section.

Kulturtipps: Nichts & niemand wird vergessen!



Die Hamburger Klezmerband »Mischpoke«

Unter dem Titel »Verboten – verbrannt – vergessen?« erinnert der Arbeitskreis »Bücherverbrennung – nie wieder!« am **Dienstag, den 10. Mai von 11:00 bis 19:00 Uhr** mittlerweile zum elften Male an die Autodafés der Hamburger Nazis am 15. Mai 1933 am Kaiser-Friedrich-Ufer und, vielen unbekannt, am 30. Mai auf dem Lübeckertorfeld. Die Besonderheit dieser achtstündigen Veranstaltung auf dem Platz der Bücherverbrennung (**Kaiser-Friedrich-Ufer/Ecke Heymannstraße**) ist, dass an dieser Marathon-Lesung Dutzende Menschen aktiv teilhaben. Alle Interessierten sind aufgerufen, ein Gedicht, einen Text aus einem der verbrannten Bücher vorzutragen. Für Kurzentschlossene liegen ausgewählte Lesetexte bereit. Selbstverständlich kann auch einfach nur zugehört werden. Mehr Infos unter www.Lese-Zeichen-Hamburg.de.

Die Hamburger Klezmerband »Mischpoke« fühlt sich der Volksmusik in der Tradition weltlicher, nichtliturgischer jüdischer Musik besonders verbunden (mehr unter www.mischpoke-hamburg.de). Ihre lebensbejahende Musik handelt von Liebe, Hoffnung und der typisch jiddischen Kombination aus Melancholie und Witz, aber auch vom Leid, das jüdischem Leben gerade in diesem Land zugefügt wurde. Das aus fünf Klassik- und Jazz-MusikerInnen bestehende Ensemble tritt am

Donnerstag, den **12. Mai um 19:30 Uhr im ver.di-Center, Besenbinderhof 56a**, im Rahmen der von der Geschichtswerkstatt St. Georg veranstalteten Erinnerungen an den Beginn der Deportationen vor 70 Jahren auf.

Das »Bündnis für ein Hamburger Deserteursdenkmal« hat am 8. Mai den Kriegsklotz am Dammtor verhüllt. Die Aktion »Versäumtes nachholen: Wir motten ein Kriegsdenkmal ein« von Uwe Schmidt, Hajo Busch u.a. endet öffentlichkeitswirksam unter dem Titel »Eine nicht notwendige Aktion« am **Samstag, den 21. Mai um 15:00 Uhr** mit der Wieder-Enthüllung dieses grauslichen Monoliths. Die Initiative macht mit einem Friedensfest auf dem Ohlsdorfer Friedhof am 31. Juli weiter Druck für ihre Forderung, endlich den Hamburger Opfern der NS-Feld- und Kriegsgerichte ein Denkmal zu setzen (mehr unter www.feindbeguenstigung.de).

Was Entmenschlichung und Brutalität im Krieg, was »Horror an der Front« (Morgenpost) bedeuten, wird deutlich am Beispiel jener 50 Radierungen des Malers und Zeitkritikers Otto Dix (1891-1969), die dieser 1924 in dem Zyklus »Der Krieg« zusammengefasst hat. Sie werden noch bis zum 7. August in der Kunsthalle gezeigt.

Mit diesem BürgerInnenbrief informieren wir in der Regel 14-täglich über das Parlamentsgeschehen sowie die politischen Auseinandersetzungen in der Stadt, den Bezirken und unseren Arbeitsgebieten. Wenn Sie diesen BürgerInnenbrief per E-Mail beziehen oder nicht mehr erhalten möchten, schreiben Sie eine kurze Mail an: joachim.bischoff@linksfraktion-hamburg.de oder heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de.

Und: Sprechen Sie uns an, wenn Sie unsere Arbeit als Abgeordnete in der Hamburgischen Bürgerschaft durch Kritik und nützliche Informationen begleiten wollen. Kontakt: Abgeordnetenbüro Bucceriusstr. 2, 20095 Hamburg.